



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Unzufriedenheit am falschen Platz. — Der VII. österreichische Gewerkschaftskongress. — Feuilleton: Etwas vom Papier. (VII.) — Außerordentliche Druckerarbeiten-Tarife. — Korrespondenzen (Berlin, Hamburg, Widaun). — Rundschau. — Adressenänderungen. — Abrechnungen.
Beilage: Kassenbericht vom 1. Juli bis 30. September 1913.

Für die Woche vom 19. bis 25. Oktober ist die Beitragsmarke in das mit 43 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Unzufriedenheit am falschen Platz.

Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft mit unseren heutigen sozialen Zuständen eine Notwendigkeit und im Interesse des Kulturfortschrittes lebhaft zu begrüßen ist. Und in der Tat: Der Arbeiter, der angesichts unserer trostlosen sozialen Zustände, angesichts der Fülle von Not und Elend, die das Geseß der Wirtschaftskrise unter dem Proletariat verbreitet, angesichts der korruptierten politischen Verhältnisse sich dennoch zufrieden fühlt, muß eine wahre Schafsnatur haben. Dank der rastlosen Tätigkeit und vermehrten Aufklärung durch die proletarischen Organisationen werden solche „Schafsnaturen“ immer seltener. Ein frisch-fröhlicher Wage- und Kampfesmut hat sich des denkenden Proletariats bemächtigt, es ist unzufrieden mit den bestehenden Verhältnissen und drängt mit allen seinen Machtmitteln auf eine Besserstellung seiner politischen und wirtschaftlichen Positionen.

Diesem steten Kampf der Arbeiterschaft stellt sich aber des öfteren ein wohlbeschaffenes Hindernis entgegen. Wir denken hierbei nicht an die Staatsgewalt oder an die Unternehmerorganisationen, auch nicht an die Bestrebungen pfäfflicher Finsterlinge, das Volk in schafsgemüthlicher Zufriedenheit und Dummheit zu erhalten. Gegen diese Gegner ist das Klassenbewußte Proletariat des Kampfes gewohnt und es ist ihm schon stets gelungen, auf diesem Gebiete von Erfolg zu Erfolg zu schreiten. Vielmehr ist es ein wirtschaftliches Moment, das, bedingt durch die kapitalistische Produktionsweise, in gewissen Zeitabschnitten in diese hemmend eingreift und eine allgemeine Arbeits- und Geschäftslage hervorruft, welcher Zustand als Wirtschaftskrise bezeichnet wird. Diese selbst ist das Resultat von gehäufter Ueberproduktion und wahnwitziger Geschäftsspekulation. Sie verursacht starke Arbeitslosigkeit und hat für die Arbeiterschaft verschärft Not und Elend im Gefolge.

Dadurch aber stellt sich dem wirtschaftlichen Aufstieg des Proletariats ein vorübergehendes Hindernis entgegen. Die schlechte Konjunktur zwingt die Arbeiterschaft bei ihren gewerkschaftlichen Maßnahmen zu vorsichtiger Reserve. Daß diese notwendige Taktik bei vielen Arbeitern die schon vorhandene Unzufriedenheit noch mehr verschärft, ist unter diesen Umständen leicht verständlich.

Nun wäre gegen diese Unzufriedenheit nichts einzuwenden, wenn sie sich in richtiger Weise geltend machte und sich gegen die Ursachen der verstärkten Not wenden würde. Wir beobachten aber, daß die hierbei zutage tretende Unzufriedenheit oftmals in ein falsches Fahrwasser gleitet und ihre Spitze gegen eine Einrichtung wendet, die an dem unbefriedigenden Zustand völlig schuldlos und im Gegenteil bemüht ist, soweit es in ihren Kräften steht, gegen die üblen Begleiterscheinungen der Wirtschaftskrise anzukämpfen. Das ist die gewerkschaftliche Organisation.

Wir beobachten vor allem zur Zeit der niedergehenden Konjunktur einen schlechteren Versammlungsbefuch. Bei vielen Organisationsmitgliedern sinkt in solchen Zeiten das stets notwendige Interesse am Gewerkschaftsleben. Sie wissen, daß die Organisation durch die schlechten wirtschaftlichen Einflüsse gezwungen ist, eine mehr passive Haltung einzunehmen. Damit aber erlahmt bei vielen Kollegen das lebhaftere Interesse am Organisationsleben, sie verfallen in Passivität und Lethargie. In der Regel sind das Arbeiter, die ihr gesteigertes Organisationsinteresse nur dann betunden, wenn es gilt, eine Lohnbewegung zu unternehmen.

Diese Gruppe Gewerkschaftsmitglieder besteht in der Regel aus Kollegen, die noch nicht völlig gewerkschaftlich durchgebildet sind. Wohl erkennen sie in der gewerkschaftlichen Betätigung eine gewisse Notwendigkeit, sind aber noch nicht genügend geschult, um zu begreifen, daß das stete Interesse am Organisationsleben und die stete Tätigkeit für ihren Verband eine unerläßliche Notwendigkeit ist und daß vor allem die Krisenzeit, die vielfache Angriffe der Unternehmer auf die Positionen der Arbeiter mit sich bringt, ein geschlossenes Handeln der organisierten Arbeiterschaft dringend erforderlich macht. Vielmehr macht sich bei ihnen eine gewisse Unzufriedenheit mit ihrer Organisation geltend, und besonders zweifelbehaftete Arbeiter begehen sogar den unverzeihlichen Fehler, sich in philosophische Betrachtungen darüber zu ergehen, ob die Mitgliedschaft zur Gewerkschaftsorganisation auch in solcher Zeit eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Folge ist dann, daß mancher der Organisation untreu wird. Die Gewerkschaftsstatistik zeigt in Krisenzeiten stets ein leichtes Zurückgehen der Mitgliedsbezahlen; der Hauptgrund für diese bedauerliche Erscheinung ist in der Unzufriedenheit zu suchen, die manche Arbeiter gegen die vorhandenen verschlechterten Wirtschaftszustände empfindet und eine unangebrachte Verärgerung zeitigt, die nach der falschen Seite ausmündet und mit der Fahnenflucht von der Gewerkschaftsorganisation endet.

Eine andere Art von Unzufriedenheit beobachten wir in Krisenzeiten in den Versammlungen selbst. Nicht nur, daß diese aus schon erwähnten Gründen schlechter besucht werden, auch die in ihnen gepflogenen Debatten bewegen sich oftmals auf einem nicht besonders hohen Niveau. Verschiedene Kollegen ergreifen das Wort und behaupten ihre Unzufriedenheit mit der Haltung der

Organisation, die ihnen ihrer Meinung nach zu flau und gemäßig erscheint. Die Löhne seien verbesserungsbedürftig, deshalb müsse in eine Bewegung eingetreten werden. Und wenn dann mit guten Gründen erklärt wird, daß die Krisenzeit weise Zurückhaltung gebiete, weil das Kräfteverhältnis ein für die Gewerkschaft nicht besonders günstiges sei und sich die Macht der Gewerkschaft vor allem darauf konzentrieren müsse, etwaigen Angriffen der Unternehmer entgegenzutreten, dann wird sogar des öfteren die unwirksame Frage aufgeworfen, wozu man denn dann eigentlich seinen Beitrag entrichte. Ist aber die Debatte erst auf dieses Niveau geraten, dann richtet sich zum Schluß auch noch die Unzufriedenheit gegen die Angestellten, man wirft ihnen vor, daß sie das Denken und Fühlen der Masse nicht mehr verständen und für deren Bedürfnisse die erforderliche Sympathie vermissen ließen. Solche Debatten hinterlassen ein deprimierendes Gefühl, sind weder erhebend noch organisationsfördernd, aber geeignet, das Versammlungsleben noch träger zu gestalten.

Diese Erscheinungen sind ein Beweis dafür, daß vielen Gewerkschaftsmitgliedern noch das genauere Verständnis für die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge abgeht. Es fehlt ihnen an der guten Durchbildung und Schulung, um zu erkennen, daß die einzuschlagende Taktik stets von den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen abhängt und ein gegenteiliges Handeln die Interessen der Arbeiter schädigen würde. Hier fort und fort aufklärend zu wirken, ist eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften und ihrer Presse.

Vor allem müssen die Arbeiter aber auch darauf hingewiesen werden, ihre Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht gegen die falsche Seite zu richten. Eure Gewerkschaftsorganisation erfüllt in Krisenzeiten ihre schwere Pflicht, sie sucht die Opfer einer verkehrten Wirtschaftsweise nach Kräften zu unterstützen und hat ein wachames Auge darauf, daß den Arbeitern das in besseren Zeiten Erreung erhalten bleibt. Ihr liegt ferner die Pflicht ob, zu rufen, daß die zu gewärtigende bessere Geschäftskonjunktur eine kampfesfrohe und geschlossene Organisation vorfindet. Und sie ist eure Einrichtung, geschaffen zu eurer Rückenbedeckung und Angriffswaffe, je nachdem es die Verhältnisse gebieten und gestatten. Darum habert nicht mit ihr und euren Angestellten, sondern lenkt eure Unzufriedenheit auf jene Stelle, die die Schuld trägt an den traurigen Verhältnissen, gegen unsere heutige Staatsform, gegen die kapitalistische Produktionsweise, die die Quelle alles Elends und aller Not ist! Nicht eure Angriffe gegen die Ungerechtigkeit der Herrschenden, gegen die schrankenlose Ausbeutung, gegen die wahnwitzige Profitgier der Besitzenden, verlangt Staatsseinrichtungen, in denen sich jeder wohlfühlen kann! Aber fühlt euch eins mit eurer Organisation und erkennt, daß nur sie es ist, die euch den nötigen Rückenhalt gibt im Kampfe für Brot und Kultur!

Also wendet euch mit eurer Unzufriedenheit gegen die richtige Stelle! Und schützt und stützt eure Organisation! Wird diese Mahnung beherzigt, dann werden unsere so notwendigen Organisationen ohne Schädigung über die Wellen der Wirtschaftskrise hinweggeleitet, und die später einsetzende bessere Geschäftskonjunktur findet uns vorbereitet zu neuen Kämpfen und neuen Siegen!

Der VII. österreichische Gewerkschaftskongress.

In den letzten Tagen wurde in Wien, im festlich geschmückten Arbeiterheim des Proletariatsbezirks Favoriten, der siebente österreichische Gewerkschaftskongress abgehalten, auf dem etwa 430 Delegierte — soviel wie noch nie — in Vertretung der 428 000 Mitglieder der freien zentralorganisierten Gewerkschaften Oesterreichs anwesend waren. Die Mitgliedschaft unserer österreichischen Bruderorganisationen setzt sich, nach der Abspaltung eines großen Teils der tschechischen Arbeiter durch den Separatismus der tschechoslawischen Sozialdemokratie, zusammen aus 322 000 Deutschen, 77 000 Tschechen, 20 000 Polen, 9000 Italienern, 6000 Slowenen und 1000 Ruthenen; über 50 000 Frauen gehören den Gewerkschaften an. Merkwürdig ist, daß ein abnorm hoher Teil der Gewerkschaftsmitglieder, nämlich 169 000, in Wien sind; die Organisation ist also in der Provinz recht schwach, um so mehr, wenn man noch ihre Stärke in den ausgesprochenen Industriebezirken in Betracht zieht. Die stärksten Verbände sind die der Metallarbeiter mit 60 000 Mitgliedern und die der Eisenbahner mit fast 55 000 Mitgliedern. Das Vermögen der Gewerkschaften beträgt mit den gesondert geführten Streikfonds über 15 Millionen Kronen; außerdem besitzen sie den obligatorischen Solidaritätsfonds für Aussperrungen und besonders große Kämpfe, über den öffentlich nicht Rechnung gelegt wird, dessen Entwicklung aber sehr befriedigend ist und manche früher unmögliche Aufwendung — so die von 50 000 Kronen für die englischen Transportarbeiter u. a. m. — gestattet hat.

Der Kongress wurde von den Genossen Beer-Wien, dem Obmann der Metallarbeiter und Abgeordneten Schäfer-Reichenberg i. B. geleitet. Als Vertreter der deutschen Gewerkschaften sprach Abgeordneter Genosse Legien unter stürmischem

Beifall über die engen Beziehungen zwischen ihnen und drüben. Er gab der in der Tat berechtigten Erwartung Ausdruck, daß die Schädigung der österreichischen Gewerkschaften durch den Separatismus bald ganz überwunden sein werde. Außer Legien war noch Kollegin Gertrud Hanna-Berlin erschienen, ferner als Auslandsdelegierte Kothenslein-Ungarn, Kaufher-Bosnien, Dimitrow- und Gantschew-Bulgarien, Buljseg-Kroatien. Gantschew schilderte das furchtbare Elend, das der Balkankrieg über die bulgarischen Arbeiter gebracht und wie er ihre Organisationen zerschmettert hat. Genosse Doktor Viktor Adler-Wien knüpfte daran an und brandmarkte die mit imperialistischem Rüstungswüten gepaarte Untätigkeit der Mächtigen in Oesterreich auf dem Gebiet sozialpolitischer Fürsorge für das Volk. Abgeordneter Dazhynski betanente sich namens der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs zum gewerkschaftlichen Zentralismus. (Lebhafte Beifall.) Nach weiteren Begrüßungsansprachen der Genossen Merta-Brünn für die zentralistische tschechische Sozialdemokratie, Abgeordneten Aliva-Triest für die italienischen Genossen und Abgeordneten Dr. Krenner-Wien für die Konsumgenossenschaften erstattete Sekretär Huber den Bericht der Gewerkschaftskommission, worin er u. a. ausführte, daß die starke finanzielle Rüstung der Gewerkschaften die Unternehmer von dem geplanten Angriff beim Ablauf zahlreicher Tarifverträge im Jahre 1913 abgescreckt habe. In der Debatte wurde u. a. der Ausschluß des Tabakarbeiterverbandes aus der Gewerkschaftskommission besprochen, der erfolgt ist, weil dieser Verband für eine tschechische Ortsgruppe nach dem vor der Zerspaltung der Prager Gewerkschaftskommission geübten Brauch auch jetzt wieder die Kommissionsbeiträge statt nach Wien an die Prager Separatistenkommission abgeliefert hat. Der Beschluß der Kommission wurde unter Bedauern über seine Notwendigkeit gebilligt.

Ueber die Jugendorganisation referierte Grünwald von der Reichsgewerkschaftskommission. Er führte aus, daß die gewerkschaftlichen Jugendabteilungen der Jugend nicht geben können, was sie braucht, weshalb der Verband der jugendlichen Arbeiter kräftig zu fördern sei, aber natürlich darf die Mitgliedschaft bei dieser Jugendorganisation den Beitritt der in das gewerkschaftsfähige Alter tretenden Jugendlichen zur Gewerkschaft nicht hindern, soll ihn vielmehr fördern,

was nach den bisherigen Erfahrungen auch durchaus der Fall ist. Der Kongress schloß sich dieser Stellungnahme in einer Resolution an, nachdem in der Debatte der Kampf der Bürgerlichen um die Proletarierjugend und besonders die staatliche und behördliche Unterstützung dieses Jugendfanges von dem internationalen Jugendsekretär und Geschäftsführer des Wiener Arbeiterbildungswesens, Genossen Dr. Danneberg, beleuchtet worden war.

Dann wandte sich der Kongress der in Oesterreich schmählich vernachlässigten Sozialpolitik zu. Abgeordneter Genosse Müller-Wien vom Eisenbahnerverband referierte über die Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Mitglieder des Arbeitsrates des k. k. Arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium. Der Arbeitsrat hat alle sozialpolitischen Gesekentwürfe zu begutachten und notwendige gesetzgeberische Aktionen anzuregen. Er besteht aus je zwölf Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer, der Wissenschaft und des Staates und hat sich seinen Pflichten redlich unterzogen. Aber die Regierung kümmert sich nicht im mindesten um seine Beschlüsse und hat sich überdies angewöhnt, die Gutachten auch von den arbeiterfreien Beiräten der Fabrikanten und Gewerbetreibenden einzuholen und ihnen das größere Gewicht beizulegen. Man will sogar die vom Arbeitsstatistischen Amt herausgegebene „Soziale Rundschau“, eine ganz wertvolle internationale Materialsammlung, reduzieren, weil der Staat, der Milliarden für Rüstungen und Mobilisierungen ausgibt, kein Geld für die Sozialpolitik selbst in dieser bescheidenen Form hat! Der Kongress protestierte aufs schärfste gegen all diese Standale.

Der Obmann des Schneiberverbandes, Abgeordneter Smitta-Wien, hielt darauf ein Referat über die gesetzliche Regelung der Heimararbeit. Er schilderte die furchtbaren Greuel, die der Heimararbeit in dem armen Oesterreich anhaften, und stellte in einer Resolution, die nach ergänzenden Mitteilungen verschiedener Redner aus den schlimmsten Glendbezirken einstimmig angenommen wurde, diejenigen Forderungen auf, die auch wiederholt von den deutschen Gewerkschaften zum Schutz der Heimarbeiter und auch des konsumierenden Publikums erhoben worden sind und die bereits in einem Gesekentwurf vorliegen, den die freigewerkschaftlichen Mitglieder des Arbeitsrates ausgearbeitet haben, den jedoch die Regierung natürlich wieder nicht dem Bar-

Etwas vom Papier.

Von L. h. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

VII.

Endlich wollen wir noch die ganz vorzüglichen Papierarten der Chinesen und Japaner erwähnen, die schon vor nahezu 2000 Jahren, also um etwa ein volles Jahrtausend früher als die europäischen Kulturvölker, die Kunst der Erzeugung von Papier durch Verfilzung feiner Pflanzenfasern kannten und ausübten und als die Erfinder dieser Kunst zu gelten haben. Dies hohe Alter der Papiermacherei mag in China wie in Japan die Ursache der ganz ausgezeichneten Qualität der dort gefertigten Papierarten sein. Das chinesische Papier zeichnet sich durch außerordentlich hohe Festigkeit bei gleichzeitig hervorragender Leichtigkeit und Feinheit aus und ist nur etwa halb so schwer wie das feinste europäische Papier. Diese ausgezeichneten Eigenschaften sind eine Folge der vorzüglichsten Qualitäten der dort zur Papierherstellung verwandten Rohstoffe, vornehmlich des Papiermaulbeerbaumes, des Bambusrohres und des Reisstrohes, alles Pflanzenstoffe, die eine außerordentlich lange und feine Faser von hoher Verfilzungsfähigkeit und demgemäß auch Papierarten von so hervorragender Qualität liefern. Die Verarbeitung der papierliefernden Pflanzen und die Herstellung des Papiers selbst geschieht heute noch wie schon vor Jahrtausenden in verhältnismäßig einfacher Weise und lediglich durch Handarbeit. Die Pflanzen werden in Bündel geschnitten und in Wasser gelegt und in diesem so lange belassen, bis sie zu faulen beginnen; dann werden die Bündel

herausgenommen, gereinigt und in langen Stäben in Kalf gebettet, in welchem Zustande sie abermals wochenlang verbleiben. Dieses Verfahren hat den Zweck, die leimartigen Substanzen der Pflanzen zu lösen und gleichzeitig die Holzigen Bestandteile von den weichen Fasern zu trennen. Die aus den Kalfstäben genommenen Faserbündel kommen dann in mörserartige Gefäße und werden hier durch langes und gründliches Stampfen und Schlagen gänzlich zerleinert. Oftmals wird das Verfahren des Faulens, Kalkens und Stampfens auch wiederholt, bis die Masse die denkbare feinste Beschaffenheit angenommen hat und durch Kochen zu einem Brei fester Fasern geworden ist. Dieser wird in Holzbütten aufbewahrt und aus diesen auf Formsiebe aus feinsten Bambusstäben geschöpft, dann auf Filzen oder Tüchern abgeseigt und auf Porzellanöfen getrocknet. Geseimt wird das Papier zumeist nicht, da jene Völler mit Pinsel und Lusche schreiben und diese Flüssigkeit auf dem Papier nicht verläuft. Soll das Papier dennoch geseimt werden, so geschieht das durch eine Wöschung von Reis oder Dreniwurzel, die bindende Eigenschaften hat und durch welche das Papier gegossen wird. Das chinesische Papier ist fest, sehr leicht und zähe, zumeist gelblich gefärbt und auf der einen Seite glatt, auf der anderen rauh. Ganz ähnlich wie in China wird auch in Japan das Papier verfertigt.

Unsere Abbildung 5 zeigt die Art der Papierfabrikation, wie sie in China, Japan und anderen asiatischen Ländern von altersher üblich war und

heute noch üblich ist. Der Mann in der Ecke rechts oben ist mit dem Zerhacken bzw. Zerleinern des Fasermaterials beschäftigt, während an dem langen Bortisch links unten das Schöpfen des Ganzzeuges aus der Bütte in die Form ausgeführt wird, und die Frau oben in der Mitte ge-



Abbildung 5. Japanische Papiermacherei.

fertigte Bogen zum Trocknen aufhängt. Die Funktionen der anderen Arbeiter erklären sich von selbst.

In Japan wird außer anderen Pflanzen vor allem der Miksumatastrauch auf Papier verarbeitet, der einen schönen und glänzenden Fasestoff und ein Papier von überraschender Weichheit

lament vorlegt. In der Debatte wünschte Kollegin Gertrud Hanna-Berlin den österreichischen Heimarbeitern, daß die Regierung sich nicht das unzulängliche deutsche Hausarbeitergesetz zum Muster nehmen solle. —

Sehr wichtig war der Bericht des Sekretärs der Textilarbeiterunion, Abgeordneten Genossen Hanusch, über Parlament und Arbeiterschutz. Auch hier wurde die schmachvolle Rückständigkeit der österreichischen Sozialpolitik an den Pranger gestellt und die arbeiterfeindlichen Mächenschaften der Mehrheit des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses nach Gebühr gebrandmarkt. Bezeichnend ist, daß — die Abgeordneten Hanusch und Dr. Adler teilten es unter türkischen Entwürfungen mit — die österreichische Regierung, die in den achtziger Jahren eine Zeitlang in der Sozialpolitik ganz Europa voranging, jetzt auf der Berner Arbeiterschutzkonferenz gegen jede Einschränkung der Kinderarbeit und der Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen aufgetreten ist und dazu sogar durch den Leiter der Sozialpolitischen Sektion des Handelsministeriums in Berlin Unterstützung erbitten hatte. Die hierauf beschlossene Resolution mußte unter solchen Umständen eine gewaltige Fülle von Arbeiterschutzforderungen enthalten.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die widersinnige, geradezu selbstmörderische Zoll- und Handelspolitik der Donaumonarchie, die im Verein mit einer unqualifizierbaren auswärtigen Politik die Industrie ruiniert, das Volk aushungert, ihm die Kaufkraft auf dem inneren Markt nimmt und Oesterreich außerdem noch die ausländischen Märkte durch agrarische Hochschutzzölle und die Niederhaltung Serbiens sperrt. Der Referent, Abgeordneter Dr. Renner, hob alle diese Schandtatzen des geltenden Systems hervor und appellierte nicht nur an die Kampfesentschlossenheit der Arbeiter, sondern auch an die Erkenntnis der Unternehmer über ihre materiellen Interessen, die zusammen bei der Erneuerung der Handelsverträge im Jahre 1917 eine vernünftigeren Wirtschaftspolitik anbahnen könnten.

Zum Schluß wurde die peinliche Tabakarbeiterangelegenheit erörtert, von der oben schon die Rede war. Es ist nur noch hinzuzufügen, daß die Tabakarbeiter bei der Abführung von Beiträgen an die Prager Separatistenkommission sich von der Rücksicht auf die sehr große tschechische Ortsgruppe Böding leiten ließen, aber auch die-

selben Beiträge an die als alleinige Gewerkschaftszentrale für die Zentralverbände zu betrachtende Wiener Kommission zahlten, um den Zentralismus nicht zu schädigen. Die Kommission mußte aber die Unterstützung der Prager Zerspaltungszentrale als eine Zwügerhandlung gegen den zentralistischen Gedanken mit dem Ausschluß des Tabakarbeiterverbandes beantworten, und der Kongress genehmigte diese Stellungnahme, stellte jedoch den Tabakarbeitern frei, unter Einhaltung der maßgebenden Beschlüsse ihre Wiederaufnahme in den Verband der Gewerkschaftskommission zu beantragen. — Die Gewerkschaftskommission wurde einstimmig wiedergewählt. Im Schlußwort dankte Vorsitzender Beer den ausländischen Genossen für die Befundung internationaler Solidarität, den Genossen Sueber und Rader und der Genossin Boshel für zwanzigjährige treue Arbeit in der Gewerkschaftskommission. C. B.

Australische Druckerarbeiten-Tarife.

In Australien bestehen überall Zwangsschiedsgerichte oder Lohnämter, welche die für Arbeiter und Unternehmer bindenden Arbeitsbedingungen festsetzen. In den drei Staaten Neu-Südwaales, Westaustralien und Neu-Seeland müssen jedoch nicht alle Arbeitsstreitigkeiten vor den staatlichen Instanzen entschieden werden, sondern es ist auch der Abschluß freiwilliger Vereinbarungen gestattet, welche ebenso rechtswirksam sind wie Entscheidungen der Gerichte oder Lohnämter, vorausgesetzt, daß sie diesen Behörden zur Genehmigung vorgelegt wurden.

Die Arbeitsbedingungen der Buch- und Stein-druckerarbeiten sind in allen sechs Staaten des Australischen Bundes und in Neu-Seeland ziemlich gleichartig, so daß es genügt, wenn wir hier auszugeweiht den Inhalt zweier Tarife für den führenden Industriestaat Neu-Südwaales wiedergeben.

Der Tarif für das männliche Maschinenpersonal der Buchdruckereien in den Städten Sydney und Newcastle, der vom Oktober 1911 bis Oktober 1914 gilt, unterscheidet drei Arbeiterkategorien, nämlich Maschinenmeister, Ziegelbruder und Lehrlinge. Die Maschinenmeister haben eine mindestens fünf- und höchstens siebenjährige Lehrzeit durchzumachen. Die Arbeitszeit währt allgemein 48 Stunden in der Woche. Der Wochenlohn

der Maschinenmeister beträgt je nach der Art der zu bedienenden Maschine im Minimum 52,50 Mt. oder 60,— Mt.* Für Nachtarbeit, soweit sie nicht als Ueberzeitarbeit gilt, ist ein Zuschlag von 17 Pf. für die Stunde zu zahlen. Die Ziegelbruder haben keine Lehrzeit vorgeschrieben, doch richtet sich ihr Lohn nach der Zeit der praktischen Beschäftigung in diesem Gewerbe; der Mindestwochenlohn beträgt in den ersten sechs Monaten 12,50 Mt., in den zweiten sechs Monaten 15,— Mt., im zweiten Jahre 21,— Mt., im dritten Jahre 27,50 Mt., im vierten Jahre 32,50 Mt., im fünften Jahre 40,— Mt. und hernach 48,— Mt. Ueberzeitarbeit wird den Maschinenmeistern und Ziegelbrudern wie folgt entschädigt: Für die ersten drei Stunden den gewöhnlichen Lohn und mindestens ein Drittel Zuschlag; für weitere Ueberzeit vor Mitternacht 50 Prozent Zuschlag; für Arbeit nach Mitternacht den doppelten Lohn. Das Verlangen, Ueberzeit zu arbeiten, hat die Unternehmung, wenn möglich, 24 Stunden vorher zu stellen. Arbeit am Weihnachtstag, Charfreitag und Achttundenseiertag ist doppelt zu bezahlen, Arbeit an anderen Feiertagen mit einem Drittel Zuschlag. Für veräumte Arbeitszeit darf nur der gewöhnliche Lohrsatz abgezogen werden. Ueberzeit- und Nachtarbeit darf nie von nur einem Arbeiter geleistet werden. Nach mindestens dreimonatiger Beschäftigung tritt eine siebenstägige Kündigungsfrist ein. Die Wochenlöhne der Lehrlinge steigen von 7,50 Mt. im ersten Jahr auf 30,— Mt. im siebenten Jahr, ihre Ueberstundenentschädigung steigt entsprechend von 25 Pf. auf 85 Pf. für die Stunde.

Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sollen zuerst gemeinsam von je einem Vertreter der beiderseitigen Organisationen bezulegen versucht werden; kommt es aber zu keiner Einigung, so entscheidet der Sekretär des staatlichen Gewerbegerichts.

Solange die Organisation der Arbeiter jeden fähigen Berufskollegen aufnimmt, haben die Unternehmer bei Neueinstellung von Arbeitern Organisationsmitgliedern den Vorzug zu geben, doch ist kein Unternehmer verpflichtet, einen Arbeiter wieder einzustellen, den er vordem wegen Unehrlichkeit, Nachlässigkeit, Unfähigkeit oder schlechter Aufführung entlassen hat.

*) 1 Pfund Sterling zu 20,— Mt., 1 Schilling zu 1,— Mt. umgerechnet.

Die Normalklassen des Papiers.

Die verschiedenen Papiersorten zeigen in allen Eigenschaften, die für ihre Gebrauchsfähigkeit von Wert sind, sehr erhebliche Unterschiede. Es hat sich daher die Notwendigkeit herausgestellt, bestimmte Normalbedingungen, sog. Normalklassen, und ebenso Normalklassen aufzustellen; Papiere werden je nach ihren Eigenschaften in diese Normalklassen eingereiht und demgemäß als Normalpapiere bezeichnet.

Am ersten Stelle unter den Eigenschaften, die für Wert und Güte einer Papiersorte maßgebend sind, steht die Festigkeit derselben, von der zugleich auch die Dehnungsfähigkeit und Dauerhaftigkeit des Papiers abhängig ist. Diese drei wichtigsten Eigenschaften sind erfahrungsgemäß bei den aus reinen Hadern hergestellten Papiersorten am stärksten vorhanden und nehmen ab in dem Maße, als das Papier andere Bestandteile als Hadernfasern enthält, sind demgemäß am schwächsten vorhanden bei den Papiersorten, die nur aus Holzschliff bestehen. Man bestimmt die Festigkeit eines Papiers nach seiner sogenannten Reißlänge. Die Reißlänge gibt an, bei welcher Länge, in Metern ausgedrückt, ein Streifen Papier, der an dem einen Ende festgehalten wird, durch sein eigenes Gewicht zerreiht. Bestes Hadernpapier hat beispielsweise eine Reißlänge von 6000 Metern, d. h. ein Streifen dieses Papiers, der an dem einen Ende aufgehängt oder festgehalten wird, reißt erst bei der bedeutenden Länge von 6000 Metern, während die Reißlänge minderwertiger Papierarten bis auf 1000 Meter heruntersinkt. Die Dehnungsfähigkeit einer Papiersorte hingegen wird durch die Dehnung, ausgedrückt in Prozenten zur Gesamtlänge des Papiers, angegeben, die ein Papier aushalten

kann, ohne zu zerreißen. Papier ist natürlich um so besser und wertvoller, je größer seine Dehnungsfähigkeit ist. Nach dem Maße, in dem die verschiedenen Papiersorten diese Eigenschaften aufweisen, teilt man sie in sechs Festigkeitsklassen ein, wobei die Klasse 1 diejenige ist, bei der die erwähnten Eigenschaften in stärkstem Maße vorhanden sind. Nach den aufgestellten Normalklassen muß Papier von der

- Festigkeitsklasse 1: 6000 Meter Reißlänge und 4 Prozent Dehnungsfähigkeit,
- Festigkeitsklasse 2: 5000 Meter Reißlänge und 3,5 Prozent Dehnungsfähigkeit,
- Festigkeitsklasse 3: 4000 Meter Reißlänge und 3 Prozent Dehnungsfähigkeit,
- Festigkeitsklasse 4: 3000 Meter Reißlänge und 2½ Prozent Dehnungsfähigkeit,
- Festigkeitsklasse 5: 2000 Meter Reißlänge und 2 Prozent Dehnungsfähigkeit,
- Festigkeitsklasse 6: 1000 Meter Reißlänge und 1½ Prozent Dehnungsfähigkeit

zum mindesten aufweisen. Von Wichtigkeit für die Beurteilung der Festigkeit und Dauerhaftigkeit eines Papiers ist ferner auch sein Widerstand gegen Zerkrümmen, und da Zerkrümmen dasjenige Schicksal ist, dem jede Papiersorte im Gebrauch am meisten ausgesetzt ist, so ist auch der Zerkrümmungswiderstand der Papiersorten für jede der angeführten sechs Klassen bestimmt worden, doch sind die zahlenmäßigen Angaben hinsichtlich dieser Eigenschaft für die Praxis von nur unwesentlicher Bedeutung, und der Praktiker sucht sich über die Zerkrümmungsfestigkeit eines Papiers zumeist durch Zerkrümmen desselben mit der Hand zu orientieren.

und Biegsamkeit und dabei von einer Festigkeit liefert, die den meisten europäischen Papiersorten übertrifft. Das vortreffliche Papier wird zu Dokumenten, besonders auch viel zur Herstellung von Landkarten verwandt, da es nicht auf Leinwand aufgezogen zu werden braucht. Das schon in ganz dünnen Blättern außerordentlich zähe und feste Papier ist in härteren Schichten nahezu unzerbrechbar und wird in dieser Form für Zwecke verwandt, für die wir Leder benutzen, wie zur Herstellung von Stuhl-, Geld- und Brieftaschen, selbst zu Teppichen, Schläuchen und Gefäßen, außerdem dient es auch als Ersatzstoff für Gewebe, und auch Fächer, Schirme und selbst Fenster werden aus dem Material hergestellt, wozu sich das feste, dünne und dabei sehr lichtdurchlässige Papier auch sehr wohl eignet. Ähnlich nach Art, Herstellung und vielfältiger Verwendung ist auch das Papier der Koreaner, ein ebenfalls ganz hervorragendes Material, das von der Bevölkerung allerdings viel weniger zum Schreiben als zur Herstellung von Gewändern, Hüten, Sonnen- und Regenschirmen und in dickeren Schichten selbst zur Herstellung von Kisten und Fußböden benutzt wird. Die Herstellung aller dieser Papiersorten, die durchweg Handarbeit ist und zum größten Teil sogar noch als Hausarbeit ausgeübt wird, ist jedoch selbst in ihren Herkunftsändern sehr teuer, daher hat, begünstigt durch den zunehmenden Papierverbrauch auch in diesen Ländern, jetzt auch die europäische Papierfabrikation Eingang in diesen Ländern gefunden, und die moderne europäische oder amerikanische Papiermaschine ist auch in diesen Ländern der ältesten Papiererzeugung keine Seltenheit mehr.

Für den Druck von Tageszeitungen gilt ein besonderer Tarif.

Der Tarif für die Druckerei- und Buchbindereiarbeiterinnen der Städte Sydney und Newcastle gilt vom November 1912 bis zum November 1914. Er unterscheidet zwischen „alten Arbeiterinnen“, die schon mindestens vier Jahre im Gewerbe beschäftigt sind, und „jungen Arbeiterinnen“ mit kürzerer Beschäftigungsdauer. Die wöchentliche Arbeitsdauer der Arbeiterinnen darf 45 1/2 Stunden nicht überschreiten, sie ist also um 2 1/2 Stunden kürzer als die Arbeitszeit der männlichen Personen. Ueberdies schreibt der Tarif vor, daß die tägliche Normalarbeitsdauer der Arbeiterinnen vom Montag bis Freitag in die Zeit von 8,15 Uhr früh bis 5,20 Uhr nachmittags und am Samstag in die Zeit von 8,15 Uhr früh bis 12 Uhr mittags fallen muß.

Die Mindestlöhne der „alten Arbeiterinnen“ betragen pro Woche: Einlegerinnen, Heferinnen, Geschäftsbüchermacherinnen und Oberpaderinnen 25,— M., alle anderen 23,— M. Die Löhne der „jungen Arbeiterinnen“ steigen von 10,— M. pro Woche in den ersten sechs Monaten auf 21,— M. pro Woche im vierten Jahr der Beschäftigung. Für Ueberzeitarbeit ist zu zahlen: Für die ersten drei Stunden der eineinhalbfachen Lohn, dann bis 10 Uhr nachts der doppelte Lohn und nach 10 Uhr nachts 5,— M. pro Stunde. Dazu kommen noch 75 Pf. „Zeugeld“. Sonn- und Feiertagsarbeit ist doppelt zu bezahlen.

Zum Bronzieren, Abstauben und Abwaschen der Maschinen dürfen Arbeiterinnen nicht verwendet werden.

Wenn eine Arbeiterin abwechselnd zu verschiedenen Berrichtungen verwendet wird, so ist ihr der Lohn für die höher bezahlte Arbeit zu gewähren.

Bezüglich der Kündigungsfrist gilt dieselbe Bestimmung wie bei den Männern. Ebenso müssen bei Neueinstellungen Mitglieder des Hilfsarbeiterinnenverbandes den unorganisierten Arbeiterinnen vorgezogen werden. Für den Fall von Streitigkeiten ist dasselbe Verfahren wie bei den Männern vorzusehen.

Zu bemerken ist, daß die Kosten der Lebenshaltung in Australien sehr hoch sind. F.

Korrespondenzen.

Berlin. Mitgliederversammlung am 24. September. Das Protokoll der Versammlung vom 24. August wurde vom Kollegen Bleich verlesen und angenommen. Die Vertrauenspersonen-Sitzung vom 25. Juli hat sich dem einverstandenen erklärt, daß die Anträge zur „Volksfürsorge“ an die Vertrauensleute gegeben werden und bei der Einföhrung der Prämien 25 Kollegen und Kolleginnen behilflich sein sollen. Die Ortsverwaltung hat beschlossen, den arbeitslosen Kollegen, die in der Zeit vom 18. August bis 29. September vier Wochen und länger ausgeteuert sind, eine einmalige Extrarunterstützung von 25 M. zu gewähren. Die Versammlung gab hierzu nach kurzer Debatte ihre Zustimmung. Bei der Firma Paragon hat das Personal die Arbeit eingestellt, organisiert ist nur ein kleiner Teil. Da es sich um die Erstämpfung des Koalitionsrechtes handelt und wir moralisch verpflichtet sind, solche Kämpfe zu unterstützen, wurde dem Antrag des Vorstandes, den Streikenden Unterstützung zu zahlen, zugestimmt. In der nächsten Zeit finden die Wahlen zur Ortskrankenkasse statt. Bisher wurden 256 Delegierte gewählt; nach der neuen Reichsversicherungsordnung nur noch 30. Die Wahlen werden nach dem Verhältniswahlssystem geregelt und es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, sein Wahlrecht auszuüben. Von den arbeitslosen Kollegen wurde beantragt, daß die Kollegen, die in fester Stellung arbeiten, nicht zu viel Ueberstunden und Ertragsstücke machen sollen. Der Vorstand soll beauftragt werden, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß mehr Arbeitsgelegenheit für die arbeitslosen geschaffen wird. Von mehreren Kollegen wurde Beschwerde gegen einen großen Teil der arbeitslosen geführt, die vom Nachweis zu Ertragsstücken geschickt werden und dann sehr nachlässig arbeiten. Kollege Horne schlug vor, eine Ansprache über die Hausverträge auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, damit die Kollegen prüfen können, ob dies die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit sind. Ein Vorschlag, eine Vertrauenspersonen-Sitzung soll sich erst mit dieser Sache beschäftigen, wurde mit

einem Zusatzantrag, daß eine Kommission der Arbeitslosen an dieser Sitzung teilnimmt, einstimmig angenommen. Ein Antrag der Kollegen Grohmann, Wendisch und Sebete, daß sich die nächste Sonntagsversammlung mit den Hausverträgen und der Arbeitslosigkeit im Beruf beschäftigen soll, wurde ebenfalls angenommen. Die Abänderung des § 3 Absatz 7 des Ortsstatuts wurde vom Kollegen Baumgarten dahingehend begründet, daß die invaliden Kollegen ein sehr geringes Einkommen haben, aber nach unserm Statut einen Wochenbeitrag der Klasse als Monatsbeitrag bezahlen müssen, der sie bisher angehört, um sich dadurch die Sterbeunterstützung zu erhalten. Der Beitrag ist der Leistung gegenüber zu hoch und der Vorstand beantragte, den niedrigsten Beitrag als Monatsbeitrag zu erheben. Der Antrag wurde ohne Diskussion angenommen. Als Revisor für die Verbandskasse wurde der Kollege Emil Günther gewählt. Einige Ausführungen des Kollegen E. Günther über den Bildungsausschuß wurden zur nächsten Versammlung zurückgestellt. (Eingeg. 13. 10.)

Hannburg. Versammlung am 27. September 1913. Kollege Kirchner gab die Abrechnung vom zweiten Quartal. Aus dieser geht hervor, daß die Zentralkasse einen Ueberschuß von 1956,20 M. und die Ortskasse einen solchen von 354,98 M. erzielt. Unsere Dampfretour schloß mit einem Defizit von 71,88 M. ab. Der Vorsitzende, Kollege Sellge, gab sodann bekannt, daß der dem Vorstand in der Juni-Versammlung übergebene Antrag auf Erhöhung der Entschädigung für die Hauskassierer seine Erledigung gefunden hätte, es werden den Hauskassierern in Zukunft fünf Prozent gegeben werden. Hierauf erstattete er den Gauericht (siehe „Soll“ Nr. 38). In der Diskussion meinte Kollege Schaller, daß die Gantage einen besonders großen Wert nicht hätten und der Beschluß, die Gantage nach Bedarf abzuhalten, entspringe diesem Gefühl. Die Gantage könnten überhaupt ganz wegfallen. Gegen diese Auffassung wandten sich die Kollegen Sellge und Lohse. Da einzelne Hausdrucker noch unter dem Tarif bezahlten, ist bei diesen der Tarif eingereicht worden. Kollege Lohse meinte, es könnte in diesen Geschäften zu Differenzen kommen, in diesem Falle würden wir sofort der Kollegenschaft Mitteilung haben machen. Unser nächstes Stiftungsfest findet am 21. März 1914 im Musiksaal des Gewerkschaftshauses statt. Die Kollegen und Kolleginnen werden gebeten, diesen Tag für unser Fest freizuhalten. Da am 18. Oktober der Gemischte Chor bei Horn, Hohen-Bleichen, sein Stiftungsfest abhält, ersuchte der Kollege Reefe die Anwesenden auch für dieses Fest zu agitieren. Der Eintrittspreis mit Verlosung von guten Büchern und Kunstgegenständen beträgt 20 Pf. Die nächste Versammlung findet am 25. Oktober statt.

Zwidau. Am 26. September hielt Kollege Franz Herrmann aus Dresden einen Vortrag über: „Unsere nächsten Aufgaben“, in welchem er zunächst die Lausheit eines Teils der Zwidauer Kollegenschaft der gewerkschaftlichen Organisation gegenüber kritisierte, die es verschuldet hat, daß die Löhne in einzelnen Druckerien noch sehr niedrig sind. Aber trotz dieser Interessenlosigkeit mißte unermüßlich versucht werden, den uns noch fernstehenden die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen zu führen. Der Referent erläuterte dann an Beispielen die verschiedenen Arten der Auffklärung, wobei er neben den Betriebsbesprechungen eine intensive Hausagitation empfahl, zu deren Teilnahme er besonders die anwesenden organisierten Kolleginnen aufforderte, da die Erfahrungen auf diesem Gebiete gelehrt hätten, daß es einer Kollegin, wenn sie geschickt zu agitieren versteht, leichter möglich ist, eine unorganisierte Arbeiterin zu überzeugen, als ein Mann. Es würde ein Erfolg zu verzeichnen sein, wenn diese Hausagitation planmäßig durchgeführt würde, denn die Tatsachen beweisen, daß in Zwidau die Druckereihilfsarbeiterinnen meistenteils Wöchter, Frauen und Unverwandte organisierter Arbeiter seien. Wenn auch letztere oft gleichgültig handelten, wie kürzlich ein Fall bewiesen habe, daß ein im Dienste der Zwidauer organisierten Arbeiterschaft stehender seine Tochter aus der Druckerei nahm, ehe er sie dem Verband beitreten ließ. Solche Beispiele seien zwar vereinzelt, aber bedauerlich. Man solle durch diesen Vorfall sich nicht entmutigen lassen, sondern den organisierten Angehörigen der uns noch fernstehenden das Pflichtgefühl schärfen. Bei Veranstaltungen der Zwidauer organisierten Arbeiterschaft, Theater und künstlerische Veranstaltungen, könne man besonders die Unorganisierten als Teilnehmer beobachten. Hier solle bei den zuständigen Instanzen dahin gewirkt werden, daß nur den Organisierten diese billige Gelegenheit zugute komme. Des weiteren besprach

Kollege Herrmann die Verhältnisse in den in Frage kommenden Großbetrieben Höpfer u. Borries, Ullmann und Volksblattdruckerei. Zu ersterem Betriebe sei zu verzeichnen, daß die Firmeninhaber es verstanden haben, durch bessere Bezahlung einzelner Anlagerinnen dieselben von der Organisation fernzuhalten, wodurch auch die Minderentlohten glauben, keiner Organisation angehören zu brauchen. Auch hier ist zu beobachten, daß die Firma sehr viel in „Wohlfühligkeit“ macht, dadurch läßt sich ein Teil des dort beschäftigten Hilfspersonals über seine schlechte wirtschaftliche Lage hinwegtäuschen, wiewohl es allen Grund hätte, sich mehr der Organisation anzuschließen als gefehlen, um durch Einigkeit die Lohnverhältnisse zu erringen, die es im Anbetracht seiner besonderen Leistungen und der wirtschaftlichen Teuerung verdient. Auch bei der Firma Ullmann habe die Kollegenschaft die Verpflichtung, sich mehr für den Verband zu interessieren, da derselbe der vor einigen Jahren abgeschlossene Haustarif mit Ende des Jahres abläuft. Soll wieder etwas Derartiges mit weiteren Verbesserungen geschaffen werden, dann müßten auch in dieser Situation sich alle dort Beschäftigten um das Banner der Organisation scharen, damit die uns bevorstehende Aufgabe zu aller Zufriedenheit gelöst werden könne. Hierauf ging der Referent auf die Löhne des Hilfspersonals in der Parteizeitung ein, die wohl den örtlichen Verhältnissen entsprechend, aber doch infolge der teuren wirtschaftlichen Verhältnisse eine Aufbesserung erfahren könnten, doch sei das Sache der dort Beschäftigten, die sich mit der Angelegenheit eingehend befassen sollten. Mit dem Appell an die Anwesenden, nicht zu rasen in der Auffklärungsarbeit und sich arbeitsfreudig an der Organisationsstätigkeit zu beteiligen, schloß der Referent seine Ausführungen. Die Debatte bewegte sich im Sinne des Referats, an der sich die Kollegen Mehnert und Seidel beteiligten, wiewohl letzterer noch auf die bevorstehenden Ortskrankenkassenwahlen aufmerksam machte. (Eingeg. 6. 10.)

Rundschau.

Die Tarifbewegung in Wiesbaden ist vor unserer Kollegenschaft abgebrochen worden, weil eine erfolgreiche Durchführung vorläufig aussichtslos erschien.

Arbeitslosenversicherung in Offenbach. Die durch den sozialdemokratischen Einfluß in der Stadtverwaltung besonders bekannte Stadt in Hessen ist jetzt dem Beispiel anderer Kommunen gefolgt und wird ihren arbeitslosen Bürgern, sofern sie gewerkschaftlich organisiert sind, einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung gewähren. Die Verwaltung hat das bewährte Genter System zur Einführung gebracht. Der Zuschuß beträgt für Ledige 50 Pf. und für Verheiratete 75 Pf. täglich. Für jedes Kind werden 15 Pf. gezahlt, doch darf der Zuschuß die Summe von einer Mark nicht übersteigen. Für Arbeitslose, die keiner Gewerkschaft angehören, wurde die Erziehung einer städtischen Spartasse für Nichtversicherungerte beschlossen. Die Kosten werden auf 6000 bis 7000 M. jährlich berechnet.

Eine Warnung aus Californien. Infolge der 1915 in San Francisco stattfindenden Weltausstellung rüstet sich jetzt schon ein wahrer Strom von Auswanderern nach dort. Trotz der Ausstellungsarbeiten jedoch ist die Arbeitslosigkeit in San Francisco wie auch in einigen anderen californischen Städten schon erschreckend groß, weshalb die dortigen Gewerkschaften wie auch die deutsche Sektion der sozialistischen Partei dringende Warnungen vor weiterer Zuwanderung veröffentlichten.

Adressenveränderungen.

Chemnitz. Paffierer: Willy Bopel, Münchenerstr. 4. Die Auszahlung der Unterstühtungen findet nur Dresdenerstr. 38 („Volksstimme“) statt.

Abrechnungen.

Das dritte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

- Gau 2: Darmstadt 129,35 M.
- Gau 3: Karlsruhe 62,55 M.
- Gau 4a: Schwabach 9,62 M.
- Gau 5: Dauten 758,64 M.
- Gau 6: Altenburg 105,94, Halle a. S. 337,25, Naumburg 55,35 M.
- Gau 7: Breslau 546,02, Görlitz 69,74, Kolberg 34,98, Stettin 334,75 M.
- Gau 8: Stendal 17,— M.
- Gau 9: Hannover 441,41 M.

H. L o b a t h.

